

BBU erhebt Bedenken gegen die Nord-Süd-Stromtrasse



**Bundesverband
Bürgerinitiativen
Umweltschutz e.V.**

07.02.14

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) erhebt Bedenken gegen die Nord-Süd-Stromtrasse in ihrer geplanten Form. Der Verband, der sich mit Nachdruck für die erneuerbaren Energien engagiert, warnt davor, die Planung der Stromtrasse übereilt fortzusetzen.

Die Bevölkerung muss umfangreich an der Planung beteiligt werden, Alternativen sind zu prüfen und zu realisieren. Gesundheits- und Umweltbelange sind umfangreich zu berücksichtigen.

Angesichts der zu erwartenden Übertragungsverluste beim Stromtransport von Nord nach Süddeutschland fordert der BBU, dass mit Nachdruck alternativ Windkraftanlagen auch in Süddeutschland errichtet werden sollen. Zudem soll ein Strom-Überangebot in Norddeutschland in Gas umgewandelt werden. Dieses kann mittels Rohrleitungen Richtung Süden transportiert werden.

Bei dieser *"Power to Gas - Methode"* geht es um die Umwandlung von Strom aus erneuerbaren Energien in Wasserstoff oder synthetisches Erdgas und um dessen Speicherung. Der BBU hat wiederholt kritisiert, dass die Möglichkeiten von *"Power to Gas"* völlig unterschätzt werden. Der BBU setzt sich dafür ein, dass dies korrigiert wird, bevor die neuen Hochspannungsmasten aufgebaut werden und Fakten schaffen.

Alternativen zur neuen Stromtrasse sieht der BBU auch in der Nutzung von Bahninfrastrukturen. Der BBU fordert, die Möglichkeit bei verkehrstechnisch sinnvollen Elektrifizierungen und bei Reaktivierung von Bahn-Strecken so vorzusehen, dass die Bahntrassen bzw. die Bahnstromtrassen für den Nord-Süd-Stromtransport genutzt werden können.

In Bereichen, in denen es möglicherweise wirklich keine Alternative zur Verlegung einer neuen Stromtrasse gibt, sollten bestmöglich Erdkabel verlegt werden. *"Es ist nicht davon auszugehen, dass Erdkabel in sensiblen Naturgebieten, falls diese überhaupt angetastet werden dürfen, mehr kaputt machen als Freilandleitungen. Für*

die Freilandleitungen ist auch eine erhebliche Infrastruktur nötig. Es müssen Zuwegungen angelegt und Fundamente im Boden mit massenweise Beton errichtet werden. Freilandleitungen verursachen Elektrosmog und sind äußeren Einflüssen wie Extremwetterlagen ausgesetzt" so Kerstin Desch-Wöhrl (Hessen) vom BBU-Vorstand.

Der BBU verlangt eine breite und umfassende Information darüber, wo die Stromtrasse konkret verlaufen soll und welche möglichen Alternativrouten es gibt. Zudem ist die Bevölkerung umfassend darüber zu informieren, welche Mitsprache- und Einspruchsmöglichkeiten sie hat. Von der Politik fordert der BBU, dass die Energiewende mit Nachdruck betrieben wird.